

Der Krieg in der Ukraine

Wäre eine österreichische Lösung möglich?



25. Jänner, 2014 in Kiev

Die Entwicklung der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Gründung eines unabhängigen Staates ist – aus heutiger Sicht – nicht erfolgreich gewesen. Das Land ist gespalten, die Krim verloren und die weitere Zukunft höchst ungewiss. Wäre die Schaffung eines neutralen Staates, in Anlehnung an die österreichische Neutralität, eine bessere Alternative gewesen?

Ein Analyse von **Wendelin Ettmayer**

1. Worum geht es?

Seit 2014 gibt es einen Krieg im Osten der Ukraine. 14.000 Menschen sind dabei bereits ums Leben gekommen; mehrere 10.000, darunter auch viele Zivilisten, wurden verletzt. Worum geht es? Im Dezember 1991 ist die Sowjetunion zerfallen; die Ukraine, bis dahin eine Sozialistische Sowjetrepublik wurde unabhängig. Dabei warnte der damalige US-Präsident Bush (Vater) in einer Rede in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, noch einige Monate vorher vor einem „selbstmörderischen Nationalismus“ und sprach sich gegen die ukrainische Unabhängigkeit von der Sowjetunion aus. Wörtlich sagte der amerikanische Präsident: „Americans will not support those who seek independence in order to replace a far off tyranny with local despotism. They will not aid those, who promote a suicide of nationalism based on ethnic hatred“. Außerdem weigerte sich Präsident Bush, Führer der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung zu treffen.

Washington hat aber sehr bald seine Strategie geändert. Vor allem nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 wurden die Ideen, die dem Kalten Krieg zu Grunde lagen, nämlich Eindämmung, Abschreckung und Multilateralismus über Bord geworfen. Die USA wählten im „Krieg gegen den Terror“ eine offensive Vorgehensweise und waren bestrebt, überall dort, wo sie eine Mög-

lichkeit sahen, durch „Regime-Change“ ein amerikafreundliches System zu etablieren. Diese neue Haltung wirkte sich auch gegenüber Russland ganz entscheidend aus: gab man sich während des Kalten Krieges mit der Abgrenzung der jeweiligen Einflusssphären zufrieden, so wollte man nunmehr den russischen Einfluss zurückdrängen, ja in Russland selbst eine neue gesellschaftliche Ordnung errichten.

2. Ein geteiltes Land mit schwierigem Neubeginn

Die Ukraine war jahrhundertlang ein geteiltes Land, man könnte fast sagen, zwischen Ost und West hin- und hergerissen. Schon um das Jahr 1000 ein Zentrum der „Kiewer Rus“, wurden nach dem Mongolensturm weite ukrainische Gebiete von der polnischen Krone regiert. Ausdruck dieser doppelten Orientierung nach Ost und West war die „Kirchenunion von Brest“ (1596): es wurde eine griechisch-katholische Kirche geschaffen, die den östlichen Ritus beibehielt, aber dem Papst in Rom unterstellt wurde.

Als die Kosaken die polnische Herrschaft nicht mehr länger ertragen wollten, unterwarfen sie sich 1654 mit dem „Treuereid von Perejaslaw“ dem russischen Zaren. Es war zum 300jährigen Jubiläum dieses Ereignisses, dass Nikita Chruschtschow, damals Zentralsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1954

die Krim der Ukraine „schenkte“. Die Zufriedenheit mit der neuen russischen Herrschaft dauerte aber offensichtlich auch nicht lange. Bei der Schlacht von Poltawa 1709 unterstützte nämlich der kosakische Hetman Iwan Manzepa den schwedischen König Karl XII gegen Peter den Großen. Anlässlich der Teilungen Polens im 18. Jahrhundert kamen große Teile der Ukraine zum Zarenreich, Galizien und die Bukowina zu Österreich.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es in der Ukraine zu einem „nationalen Erwachen“, wofür Namen wie jener des Dichters Taras Chevtchenko oder des Historikers Mykhailo Hruchevsky stehen. Dabei kann man wohl sagen, dass das kulturelle Geschehen im Westen des Landes mit dem Zentrum Lemberg ausgeprägter war als im Osten, der stark russisch geprägt war. In der Sowjetzeit musste die Ukraine immer wieder einen hohen Blutzoll leisten: während der Enteignung der Landwirtschaft in den 1930er Jahren; im Zweiten Weltkrieg; und selbst im Afghanistan Krieg sind 3.000 junge Ukrainer gefallen.

Die 1991 erreichte Unabhängigkeit von der Sowjetunion war zunächst ein wirtschaftliches und soziales Desaster. Traditionelle Industriezweige wie die Stahlindustrie brachen total ein; Inflation und Budgetdefizit erreichten Rekordhöhen. Um die politischen Institutionen war es nicht besser bestellt: Regierung und Parlament standen im Dauerkonflikt; die Zentralbank handelte willkürlich; die Regierung agierte autoritär und das Rechtswesen lag im Argen. In verschiedenen Kreisen der USA breitete sich, was die Ukraine betraf, eine Goldgräberstimmung aus: man besetzte hoch dotierte Posten in der Wirtschaft; bekam viel Geld für „Berater-Verträge“; Lobbyisten hatten Hochkonjunktur. Kein Wunder, dass es später in den USA zu einer Reihe von Prozessen im Zusammenhang mit der Ukraine kam und selbst das erste Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump wurde mit einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten begründet.

3. Der „American Exceptionalism“ in der Praxis

Sosehr einzelne Amerikaner unterschiedliche Interessen in der Ukraine verfolgten, gemeinsam glauben die US-Eliten daran, dass ihr Land eine auserwählte Nation ist, dazu bestimmt, die Welt zu führen. Alle Regierungen in Washington streben nach der weltweiten Vorherrschaft. Zwischen „America first“ und „America is back“ gibt es vielleicht Unterschiede im Stil, nicht in der Zielsetzung. Und: für sie sind Kriege ein integraler Teil der Außenpolitik nach dem Motto: „Foreign Policy without the Backing of the Military is like a Baseball Game without a Baseball Bat“.

Schon Bill Clinton legte sich anlässlich eines NATO-Gipfels in Prag 1994 auf eine Erweiterung des Bündnisses fest. Als Boris Jelzins Reaktion darauf war, dass dies zu einem „Kalten Frieden“ führen würde, wurde die erste Phase der NATO-Ost-Erweiterung bis nach dessen schwieriger Wiederwahl 1996 aufgeschoben. Aber beim Madrider Gipfel 1997 wurden Ungarn, Polen und die Tschechische Republik eingeladen, der NATO beizutreten. Wenn dann auch gegenüber Moskau beschwichtigende Gesten gesetzt wurden, etwa mit der Unterzeichnung eines „NATO-Russland-Founding Act“ (1997) oder mit der Errichtung eines „NATO-Russland-Rates“ (2002), das Ziel Washingtons blieb es, Russland völlig einzukreisen und, wenn möglich, einen „Regime Change“ in Moskau zu erreichen.

Dazu brauchte man eine völlig gefügige Ukraine. Mit starker finanzieller und organisatorischer Unterstützung durch den Westen erreichte die „Orangene Revolution“ 2004, dass mit Viktor Juschtschenko ein pro-westlicher Präsident an die Macht kam. Beim NATO-Gipfel 2008 in Bukarest unternahm der amerikanische Präsident George W. Bush (Sohn) einen massiven Vorstoß,

um Georgien und die Ukraine in die Allianz aufzunehmen. Die US-Initiative wurde von der tschechischen Regierung sowie von Polen und den baltischen Ländern unterstützt; Frankreich und Deutschland waren massiv dagegen, aber die USA ließen nicht locker und verlangten weiter die Aufnahme der Ukraine in die NATO.

Aber schon damals gab es warnende Stimmen, die betonten, es sei falsch, die Ukraine mit Gewalt ins westliche Lager und in die NATO drängen zu wollen. In einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft wäre vor allem Konsens notwendig; und die „Roll-back Strategie“ gegenüber Russland sei deshalb falsch, weil Moskau dies als Aggression empfinden müsse. Der große Kenner der internationalen Beziehungen, George Kennan, hat schon 1998 vorhergesagt, dass eine NATO-Erweiterung zu einer Krise führen würde; und dass die Verantwortlichen für diese Erweiterung dann sagen werden: So sind die Russen. Damals war von Putin noch keine Rede.

2013 sollte die Ukraine durch ein Assoziierungs-Abkommen mit der Europäischen Union voll in die westliche Einflussosphäre eingebunden werden. Dabei schrieb die französische Tageszeitung „Le Monde“ schon im September 2008, als ein ähnliches Abkommen angestrebt wurde: „Viel steht auf dem Spiel; wird die Krim dafür bezahlen müssen?“ Seitens des Westens wurde argumentiert, dass die Ukraine das Recht haben müsse, sich dem westlichen Wertesystem anzuschließen. Tatsächlich aber hätte die Ukraine nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht gehabt, dies schon längst zu tun. Seit 1995 Mitglied des Europarates, hat das Land zahlreiche Konventionen unterschrieben, die es verpflichteten, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen, gegen die Korruption und für den Schutz der Minderheiten einzutreten. Es geht also nicht um Werte sondern um Macht, die man je nach Bedarf, auch gegen Russland einsetzen kann.

Im November 2013 erklärte die ukrainische Regierung, die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Assoziierungs-Abkommens „aussetzen“ zu wollen. Es kam zu Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew, die im Februar 2014 zu einem „Regime Change“ und der Etablierung einer pro-westlichen Regierung führten. Wie von zahlreichen Experten vorhergesehen, kam die Krim dann wieder unter russische Souveränität und im Osten des Landes brachen Kampfhandlungen aus.

4. Propagandakriege

Wie entschlossen die USA waren, die Ukraine endgültig in die eigene Machtsphäre einzugliedern, kam sehr deutlich im bekannten Telefongespräch zum Ausdruck, das Victoria Nuland 2014, damals Assistant Secretary of State, mit dem US-Botschafter in Kiew führte und das am besten mit den Worten übersetzt werden kann: „Wir gehen ohne Rücksicht auf Europa vor“. Im selben Telefonat führte Frau Nuland aus, dass die USA in den letzten Jahren 5.000 Millionen Dollar ausgegeben haben, um die Ukraine an die USA zu binden und um den russischen Einfluss zu brechen.

Entsprechend intensiv werden auch die Propagandakriege geführt. Amerika ist immer „protecting“ und „defending“; Russland ist immer „aggressiv“ und „böseartig“. Amerika ist immer „informing“ und „inclusive“; Russland stets „disinforming“ und „disruptive“. Da Amerika immer einen Feind braucht, wurde der russische Präsident Wladimir Putin zu einem Ungeheuer hochstilisiert, vor dem die Ukraine, wenn nicht die ganze Menschheit, gerettet werden muss. Die Wortwahl der führenden westlichen Medien gegen ihn kann nicht hart genug sein: er ist ein „Wesen ohne Seele“; zumindest ein „Autokrat“; wenn nicht überhaupt ein „Mörder“.

Jene, die nur die Frage stellen, ob nicht auch die andere Seite Argumente hat, die gehört werden sollten, werden als „Putin-Versteher“ diskreditiert. Dabei geht es nicht um Personen sondern um



Außenministerium vom ÖVP-Mann Karl Gruber geleitet. Um auch das andere Lager einzubinden, wurden drei Sozialisten, Ernst Lemberger, Walter Wodak und Bruno Kreisky als „Sozialattachés“ den Botschaften Paris, London und Stockholm zugeteilt. Das dann der „tüchtige junge Kreisky“ auf Empfehlung von Außenminister Gruber in die Präsidentschaftskanzlei kam, ist Teil der Geschichte der Zweiten Republik.

Die Grundlagen des Staates wurden gemeinsam aufgebaut: die ÖVP erreichte bei den Nationalratswahlen 1945 die absolute Mehrheit, aber man bildete mit der SPÖ eine große Koalition. Das Wirtschaftssystem wurde grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichtet, aber die Großindustrie war verstaatlicht. In den Jahren nach dem Krieg wurde das Sozialsystem wesentlich

ausgebaut, von der Arbeitslosenfürsorge bis zum Arbeiterurlaub; vom Betriebsrätegesetz bis zum Wohnhaus-Wiederaufbau. Ferdinand Graf (ÖVP) und Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) legten mit dem Aufbau der B-Gendarmerie gemeinsam die Grundlagen für das neue Bundesheer. Durch diese Zusammenarbeit war es möglich, die existenziellen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die beiden Regierungsparteien einigten sich vor allem auch darauf, dass eine militärische Neutralität Österreichs die Grundlage der Außenpolitik sein soll. Das bedeutete Unabhängigkeit von großen militärischen und politischen Blöcken. Es war die Neutralität des Staates aber nicht des Staatsbürgers, also keine ideologische und wirtschaftliche Neutralität. Die für Österreich aus der Neutralität entstandenen Pflichten waren klar umschrieben: Sie bedeuteten die Einhaltung der Normen des Neutralitätsrechts nach dem Haager Abkommen aus dem Jahre 1907 im Kriegsfall und die Vermeidung aller Bindungen, die diese Einhaltung verhindern könnten. Österreich wurde gesellschaftspolitisch Teil des Westens; mit vernünftigen Beziehungen zu Russland.

Mit dem Staatsvertrag 1955 wurde der Abzug der alliierten Truppen erreicht. Und vor allem eines: Österreich war das einzige Land in Mitteleuropa, in dem es nach dem Zweiten Weltkrieg zu keinen Unruhen kam; während die Aufstände in der DDR (1953), in Ungarn (1956), in der Tschechoslowakei (1968) und in Polen durchaus auch das Potenzial hatten, den internationalen Frieden zu gefährden.

Seit dem Abschluss des Staatsvertrages und der Erklärung der „immerwährenden Neutralität“ unseres Landes hat sich die Welt verändert – und auch nicht. Die Trennungslinie zwischen der amerikanischen und der russischen Einflussosphäre hat sich nach Osten verschoben. Geblieben ist das Bestreben der Großmächte, in machtpolitischen Kategorien zu denken. Das österreichische Beispiel zeigt dabei eines: ein Land, das innenpolitisch geschlossen ist und in der Außenpolitik einen vernünftigen Kurs verfolgt, muss nicht unbedingt ein Spielball der Großmächte sein.

5. Das Beispiel Österreich

Kann ein Staat in einer derart schwierigen Situation wie heute die Ukraine existenzielle Probleme lösen? Ja, wie das österreichische Beispiel zeigt. Unser Land wurde in der Zwischenkriegszeit vielfach als „gescheiterter Staat“ dargestellt. Gewaltige ideologische innenpolitische Spannungen führten zu einem Bürgerkrieg; der außenpolitische Druck zum Verlust der Selbstständigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zweite Republik hingegen eine Erfolgsgeschichte.

Was hatte sich geändert? Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden die beiden großen politischen Lager in Österreich zu einem gesellschaftspolitischen Grundkonsens und außenpolitisch mit dem Bekenntnis zur militärischen Neutralität zu einem Modus, der es ermöglichte, die volle Souveränität wieder zu erlangen.

Der Neubeginn 1945 war gekennzeichnet durch die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen: die erste provisorische Staatsregierung bestand unter dem Vorsitz von Staatskanzler Karl Renner aus nicht weniger als 46 Mitgliedern. Jede Partei sollte überall vertreten sein. Die Kompromissbereitschaft umfasste alle Bereiche. So wurde das

ausgebaut, von der Arbeitslosenfürsorge bis zum Arbeiterurlaub; vom Betriebsrätegesetz bis zum Wohnhaus-Wiederaufbau. Ferdinand Graf (ÖVP) und Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) legten mit dem Aufbau der B-Gendarmerie gemeinsam die Grundlagen für das neue Bundesheer. Durch diese Zusammenarbeit war es möglich, die existenziellen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die beiden Regierungsparteien einigten sich vor allem auch darauf, dass eine militärische Neutralität Österreichs die Grundlage der Außenpolitik sein soll. Das bedeutete Unabhängigkeit von großen militärischen und politischen Blöcken. Es war die Neutralität des Staates aber nicht des Staatsbürgers, also keine ideologische und wirtschaftliche Neutralität. Die für Österreich aus der Neutralität entstandenen Pflichten waren klar umschrieben: Sie bedeuteten die Einhaltung der Normen des Neutralitätsrechts nach dem Haager Abkommen aus dem Jahre 1907 im Kriegsfall und die Vermeidung aller Bindungen, die diese Einhaltung verhindern könnten. Österreich wurde gesellschaftspolitisch Teil des Westens; mit vernünftigen Beziehungen zu Russland.

Mit dem Staatsvertrag 1955 wurde der Abzug der alliierten Truppen erreicht. Und vor allem eines: Österreich war das einzige Land in Mitteleuropa, in dem es nach dem Zweiten Weltkrieg zu keinen Unruhen kam; während die Aufstände in der DDR (1953), in Ungarn (1956), in der Tschechoslowakei (1968) und in Polen durchaus auch das Potenzial hatten, den internationalen Frieden zu gefährden.

Seit dem Abschluss des Staatsvertrages und der Erklärung der „immerwährenden Neutralität“ unseres Landes hat sich die Welt verändert – und auch nicht. Die Trennungslinie zwischen der amerikanischen und der russischen Einflussosphäre hat sich nach Osten verschoben. Geblieben ist das Bestreben der Großmächte, in machtpolitischen Kategorien zu denken. Das österreichische Beispiel zeigt dabei eines: ein Land, das innenpolitisch geschlossen ist und in der Außenpolitik einen vernünftigen Kurs verfolgt, muss nicht unbedingt ein Spielball der Großmächte sein.

Dr. Wendelin Ettmayer, Abgeordneter zum Nationalrat a. D.; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika sowie beim Europarat; Autor u.a. der Publikation der Diplomatischen Akademie Wien „Europa-Russland-USA und die Krise in der Ukraine“.
www.wendelinettmayer.at

E-Mail: wendelin.ettmayer@gmail.com